

## Keine Entscheidung ohne Deutschland

Einvernehmen Westalliierte — Bundesrepublik — Neutralisierung unannehmbar

Berlin (Eigenmeldung). Die Westmächte werden auf der bevorstehenden Viererkonferenz in Berlin keine Entscheidung ohne die Zustimmung der Bundesrepublik fällen, Deutschland bestimmt diesmal selbst mit über sein Schicksal. Das steht jetzt eindeutig fest.

Bundeskanzler Dr. Adenauer erklärte nach seiner Rückkehr von der Pariser Konferenz der Außenminister der Europarat-Staaten, zum erstmaligen herrsche vor einer Viererkonferenz zwischen den Westalliierten und der Bundesrepublik volles Einvernehmen. „Diesmal werden die drei Westmächte nicht ohne oder gegen uns entscheiden.“

Die Bundesregierung habe nicht den Wunsch ausgesprochen, durch einen Beobachter bei der Berliner Konferenz vertreten zu sein. Moskau würde einem solchen Wunsch auch nur zugestimmt haben, wenn gleichzeitig ein Vertreter Pankows zugelassen worden wäre. Dies hätte eine Anerkennung des Pankower Regimes bedeutet, „aber wir wünschen nicht, daß die Sowjetzonen-Regierung und wir auf dieselbe Ebene gestellt werden“.

Das Ziel der Sowjets sei nach wie vor das gleiche: Neutralisierung Deutschlands. „Die Neutralisierung, die im Gegensatz zur echten Neutralität nur auf Zwang beruhen kann, ist für die Bundesrepublik völlig unannehmbar.“ Ein neutralisiertes Deutschland würde in kurzer Zeit von Moskau abhängig sein.

Der Bundeskanzler erklärte, daß Meldungen über eine geplante Sicherheitsgarantie für die Oder-Neiße-Grenze in das Reich der Phantasie gehören.

### Abfuhr für Moskau

Paris (Eigenmeldung). Die französische Regierung wie äußerst scharf die verschiedenen sowjetischen Annähe-

rungsversuche an Frankreich zurück.

Als Antwort auf die verschiedenen Versuche der Sowjetunion

in jüngster Zeit, Frankreich von den Westmächten zu trennen, forderte die französische Regierung Moskau auf, seinen „guten Willen“ gegenüber Frankreich durch ein Übereinkommen mit den drei Westmächten auf der Berliner Außenministerkonferenz zu beweisen.

## Neues Bekenntnis zur Einheit

Einmütige Erklärung des Bundestages

Bonn (Eigenmeldung). Der Deutsche Bundestag legte erneut ein feierliches Bekenntnis für die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit ab. In einer Entschliebung, die von allen Parteien eingebracht worden war, wird die tiefe Verbundenheit mit den Deutschen in der Sowjetzone bekundet. Die Entschliebung hat folgenden Wortlaut:

„Durch den letzten Notenwechsel zwischen den Westmächten und der Sowjetunion hat sich die Aussicht eröffnet, daß in Kürze in Berlin eine Viermächtekonferenz zur Behandlung der Deutschlandfrage zusammentritt. Aus diesem Anlaß erklärt der Deutsche Bundestag erneut den Willen des ganzen deutschen Volkes, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen.“

„Der Bundestag gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Viermächtekonferenz dazu beitragen möge, die Welt dem wirklichen Frieden näherzubringen. Von der Bundesregierung erwartet der Deutsche Bundestag, daß sie während der Viermächtekonferenz dafür eintritt, daß die

Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf der Grundlage der Bundestagsentschliebung vom 10. Juni 1953 in friedlicher Weise herbeigeführt wird und daß die in der Charta der Vereinten Nationen und in der Europäischen Konvention niedergelegten Menschenrechte für das ganze deutsche Volk gewährleistet werden.“

„Der Deutsche Bundestag bekundet erneut seine tiefe Verbundenheit mit den Deutschen in der sowjetisch besetzten Zone und in Berlin. Seine Arbeit für die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit gilt ihnen ebenso wie allen anderen Deutschen. Sein besonderes Bemühen wird wie in der Vergangenheit so auch in Zukunft darauf gerichtet sein, daß die Unfreiheit beseitigt wird, und daß auch den politischen Gefangenen, die zum Teil seit Jahren ohne Nachweis einer Schuld in sowjetischen Gefängnissen festgehalten werden, die Freiheit wiedergegeben wird.“

Die erneut bekräftigte Entschliebung vom 10. Juni fordert in erster Linie freie Wahlen für ganz Deutschland, die Bildung einer freigewählten gesamtdeutschen Regierung und einen mit dieser Regierung frei verhandelten Friedensvertrag.

## Im Schatten der Atompilze

WG. Die Schicksalsfragen der Völker würden heutzutage nicht von den „Diplomaten im Frack“, sondern von den Massen der Völker selbst entschieden, sagt treuherzig das Zentralorgan der SED. „Nicht die Völker tun, was die Diplomaten wollen, sondern die Diplomaten müssen tun, was die Völker wollen.“ Das ist im Hinblick auf die kommende Viererkonferenz so gemeint, daß die westlichen Diplomaten das tun müßten, was die östlichen Völker auf Befehl Moskaus von ihnen verlangen.

### Entscheiden heißt wählen

Leider hat der schöne Grundsatz vom Entscheidungsrecht der Völker gerade dort keine Geltung, wo er proklamiert wird, — in den totalitären Staaten von Moskau bis Peking und Pankow. Entscheiden heißt aber wählen, und wählen heißt, sich zwischen verschiedenen Möglichkeiten in voller Freiheit zu der einen oder anderen bekennen. So ist es bei den Völkern der freien Welt, die ihre Regierungen selbst bestimmen und immer das Recht haben, für oder gegen eine Politik — zum Beispiel für oder gegen die EVG — und für oder gegen eine Regierung zu entscheiden: sie zu beseitigen oder sie zu bestätigen. Manche Probleme der Welt wären überhaupt nicht entstanden oder jedenfalls heute leichter zu lösen, wenn in den totalitären Staaten die freie Willensäußerung des Volkes nicht unterdrückt wäre.

Wenn man heute alle Völker fragen könnte, wie sie zu dem Atomvorschlag Eisenhowers stehen, dann würden sie sich zweifellos für die friedliche Beseitigung der großen Gefahr entscheiden, die das Atomzeitalter über sie gebracht hat. Die öffentliche Meinung in den Völkern der freien Welt hat das einmütig getan. Die Völker des kommunistischen Blocks würden sich nicht anders entscheiden, wenn sie sich frei über diese Schicksalsfrage äußern könnten, — wenn sie überhaupt gefragt würden.

Sie würden die dramatische Warnung verstehen, mit der Eisenhower sowohl eine furchtbare Gefahr kennzeichnete, als auch den guten Willen bekundete, ihr wenigstens mit ersten Maßnahmen einer Zusammenarbeit zu begegnen, die, wenn sie einmal begonnen hat, bis zum totalen Verbot der Atomwaffe entwickelt werden könnte.

Die Bereitschaft Moskaus, die internationale Politik gemeinsam mit den USA aus dem Schatten der Atompilze herauszuführen, würde wahrscheinlich auf das französische Volk einen stärkeren Eindruck machen, als das sittenlose Liebeswerben, mit dem die europäische Moral Frankreichs weiter zersetzt werden soll. Es ist kaum anzunehmen, daß man in Frankreich die jüngste Geschichte vergessen hat, die in den Gefühlen der sowjetischen Machthaber gegenüber Frankreich nur einen brutalen Opportunismus erkennen läßt. Am 10. Mai 1940 früh, bei Beginn des großen Angriffs Hitlers gegen Frankreich, suchte der deutsche Botschafter in Moskau den damaligen Außenminister Molotow auf, um ihn weisungsgemäß über den großen Schlag zu unterrichten. Er telegraphierte danach nach Berlin: „Weisung bei Molotow ausgeführt. M. nahm Mitteilung verständnisvoll auf und hinzufügte, er begreife, daß Deutschland sich gegen englisch-französische Angriffe schützen müsse. Er zweifle nicht an unserem Erfolg.“ Als dieser Erfolg mit der totalen Niederlage Frankreichs eingetreten war, tat Molotow noch mehr. Der deutsche Botschafter telegraphierte hierüber am 18. Juni nach Berlin: „Molotow bat mich heute abend zu sich und aussprach mir wärmste Glückwünsche der Sowjetregierung zu dem glänzenden Erfolg der deutschen Wehrmacht.“ Das war die „unwandelbare Freundschaft“ der Sowjetunion in der Stunde des größten Unglücks Frankreichs. Der sowjetische Außenminister, der damals Hitler zu seiner Panzerfahrt durch Frankreich herzlich beglückwünschte, und der heute den großen Freund Frankreichs spielt, heißt in beiden Fällen Molotow.

Heute spricht die „Prawda“ von dem edlen Willen Moskaus,

„die Bedeutung Frankreichs als Macht in Europa und als Weltmacht zu verstärken“. Wenn andere kommunistische Zwecke eine andere Sprache empfehlen, dann fällt von dem Glanz, den Moskau so gütig vergibt, auch auf Deutschland einiges ab. Dann heißt es, — wie Stalin bei der Gründung der sowjetischen Republik im Oktober 1949 an Pieck und Grotewohl telegraphierte — die Erfahrungen des letzten Krieges hätten gezeigt, daß das deutsche und das sowjetische Volk „die größten Potenzen in Europa zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung besitzen“.

### Letzte Chance?

Das Werben Moskaus geschieht also auf sehr verschiedenen Ebenen und nach sehr verschiedenen Richtungen —, je nach den taktischen Bedürfnissen, die den Mächtigen des Kreml jeweils als vordringlich erscheinen. Die Antwort Frankreichs auf dieses Spiel mit vielen Karten sollte nicht schwerfallen, auch nicht auf der (vielleicht) kommenden Viererkonferenz. Eine führende englische Zeitung hat diese Konferenz die „letzte Chance“ genannt, die es vielleicht für Jahre zu einer Verständigung gebe. Auch mit dieser zeitlichen Beschränkung wollen wir diese Kennzeichnung nicht übernehmen. Es muß immer aufs neue und immer auch mit neuen Gesichtspunkten versucht werden, die Aussicht auf eine Verständigung zwischen Ost und West zu bessern. Denn diese Aussicht ist die Hoffnung, von der in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands 18 Millionen Menschen ihr Leben fristen. Um des trostlosen Schicksals dieser Menschen willen haben wir — wenigstens wir Deutschen — nicht das Recht, auf bessere Gelegenheiten nur zu warten, sondern wir müssen alles tun, um sie aktiv herbeizuführen. Das ist sicher leichter gesagt als getan; aber das ist jedenfalls besser, als nur eine letzte Chance zu sehen, nach deren Scheitern wir uns mit der heutigen unhaltbaren Lage wartend abfinden müßten. Wir wollen vielmehr dann erst recht die treibende Kraft einer Ungeduld nicht verlieren, die wir vor allem den deutschen Menschen der Zone schulden.

## 20 DM für Zonengäste

Wiesbaden (DPA). Besucher aus der Sowjetzone, die sich im Dezember in der Bundesrepublik aufhalten, können ein Geldgeschenk von 20 DM erhalten.

Dieses Geld ist vor allem für den Kauf von Lebensmitteln gedacht. Es wird durch die für den Aufenthaltsort zuständigen Fürsorgeämter bei Vorzeigen einer Personalbescheinigung aus der Sowjetzone ausgezahlt. Die Mittel stammen aus dem Verkauf von amerikanischen Lebensmitteln, die für die Sowjetzone gespendet, jedoch von ihr abgelehnt worden waren.

## Heinemann-Partei zerfällt

Düsseldorf (Eigenmeldung). Die von Dr. Heinemann und Helene Wessel gegründete „Gesamtdeutsche Volkspartei“ wird sich an den bevorstehenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Juni 1954 kaum beteiligen, da sie sehr beträchtliche Schulden aus dem Wahlkampf hat.

Sie sollen sich auf rund 40 000 DM belaufen, denen nur ein ganz geringes Aktivum von etwa 1000 DM gegenübersteht. Dr. Heinemann soll sich, nach zuverlässigen Berichten, in einer Vorstandssitzung dafür ausgesprochen haben, die Weiterarbeit aus Mangel an Geldmitteln einzustellen. „Generalsekretär“ Bodensteiner hat sein Amt bereits niedergelegt.

## Deutschland-Tag der Jungen Union

Bonn (DPA). Die Delegierten des Deutschland-Tages der „Jungen Union“ in der CDU/CSU wählten in Bad Honnef den CDU - Bundestagsabgeordneten Ernst Majonica mit großer Mehrheit wieder zu ihrem Bundesvorsitzenden. Zu gleichberechtigten Stellvertretern wurden Fritz Zimmermann (München) und Peter Lorenz (Berlin) gewählt.

## 60 Prozent zahlen nicht

Berlin (Eigenmeldung). Rund 60 Prozent aller Mitglieder der „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“ zahlen seit dem Juni-Volksaufstand keine Mitgliedsbeiträge mehr.

# In Berlin Einsicht gewinnen!

## Kaiser zur Viererkonferenz - Gesamtverband der Flüchtlinge

Bonn (Eigenmeldung). „Wir begrüßen es insbesondere, daß die Begegnung der vier Mächte in Berlin stattfinden soll. Denn in Berlin ist man der deutschen Wirklichkeit näher“, erklärte Bundesminister Jakob Kaiser auf der ersten Delegiertentagung des Gesamtverbandes der Sowjetzonen-Flüchtlinge in Bonn.

Kaiser sagte: „In Berlin wird über alle politischen Gesichtspunkte hinweg das menschliche und nationale Schicksal unseres Landes unmittelbar demonstriert.“

Vor dem Brandenburger Tor wird mancher des 17. Juni denken, des Tages, an dem die deutsche Jugend der Sowjetzone die kommunistische Fahne vom Brandenburger Tor herunterholte. Dann wird ihm klar werden, was die Ansammlung von Explosivstoffen in einem Volk bedeutet, wenn man sein natürliches Zusammengehörigkeits- und Freiheitsbewußtsein allzu lange auf die Folter spannt.“

Es sei sicherlich ein Fortschritt, so erklärte Kaiser weiter, daß der Zusammenhang zwischen der deutschen Frage und der Sicherheit in Europa nüchtern gesehen werde. Aber niemand könne sich der falschen Hoffnung hingeben, Sicherheit in Europa auf der Grundlage

der Teilung Deutschlands erreichen zu können.

In diesem Zusammenhang war auch die folgende Feststellung Kaisers bemerkenswert: „Auch ein in scheinbar gesicherte Gefilde europäischer Integration eingegliedertes Westdeutschland könnte niemals Ruhe und Stabilität finden, solange die Wiedervereinigung noch aussteht.“

Weiter erklärte der Minister: „Echte Sicherheit für die europäischen Völker kann nur auf der Grundlage eines freien und geeinten deutschen Staates aufgebaut werden.“ Alles andere wären nur vorläufige Lösungen, denen ständige Gefahren innewohnen.

„Wir rechnen mehr denn je auf die Unterstützung der freien Völker. Denn die gesamte freie Welt weiß heute, daß gerade ein wiedervereinigtes Deutschland ein überzeugter und verlässlicher Partner der freien Welt sein wird. Freie Wahlen in Deutschland würden dies bestätigen.“

## Günstiges Klima

Es herrscht augenblicklich eine merkwürdige politische Atmosphäre. Der seltene Fall ist zu verzeichnen, daß zwischen West und Ost zumindest in einem Punkte Einigkeit besteht: zur Viererkonferenz zusammenzutreten.

Zu den Merkwürdigkeiten gehört, daß sowohl West- wie Ostpresse die Viererkonferenz begrüßen. Ob das aus vollem Herzen des DDR - Funktionärskörpers kommt, ist allerdings stark anzuzweifeln. Denn von dort aus wird alles andere getan, als günstige Voraussetzungen für den Konferenz-Ablauf zu schaffen. Am liebsten würde man in Pankow schon jetzt „spontane Demonstrationen“ organisieren, also den roten Parteipöbel sozusagen zur Teilnahme an der Konferenz aufrufen. Damit nicht genug,

startete soeben die „Nationale Front“ eine Aufruf-Aktion, die es allen „Patrioten“ zur Pflicht macht, den Westdeutschen die Erfolge des „neuen Kurses“ zu verkünden, wozu sogar die schikanierten Bauern und Unternehmer der Sowjetzone aufgefordert werden. Das alles ist Symptom einer Unsicherheit innerhalb der SED. Deshalb versucht sie im übrigen auch auffällig, die eigentlichen Schwierigkeiten für eine Ost-West-Lösung — NATO und EVG-Projekt — verschärft herzustellen.

Doch das sind nur krampfhaft SED - Versuche. Was auf der Konferenz beschlossen oder nicht beschlossen wird, das wird am allerwenigstens von dieser von Existenzangst erfaßten Parteigruppe abhängen.

## Tag der Menschenrechte

Am 10. Dezember 1948 wurde die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verkündet. Sie ist eine notwendige Ergänzung der Satzung der UN selbst, die den zwischenstaatlichen Beziehungen eine rechtliche Ordnung zu geben sucht: das von allen Völkern zu erreichende „gemeinsame Ideal“ menschlichen Rechts und menschlicher Würde, das durch geeignete Maßnahmen allgemeine Anerkennung und tatsächliche Verwirklichung erlangen soll.

Das also, was die Charta der Menschenrechte fordert, ist noch nicht vollendete Wirklichkeit, sondern ihr Idealbild, ein moralisches Soll, das wir ehrlich strebend erfüllen müssen — am meisten die Mächtigen, die Lenker der Staaten. Sie nämlich trennen sich bisweilen nicht leicht von einer Allmacht, die sich oft anmaßt, auch über das Menschliche zu gebieten. Gerade in dieser Unvollkommen-

heit ist es wichtig, daß ein solcher Kodex menschlicher Rechte besteht, deren Mißachtung schließlich ein wachsender Strom humanen Rechtsgefühls und staatsbürgerlichen Selbstbewußtseins unmöglich machen wird.

Der 10. Dezember 1948 wird vielleicht einmal ein historisches Datum menschlicher Kulturgeschichte sein.

## Deutschland, EVG, Osteuropa

### Die Ergebnisse der Bermuda-Konferenz

Tuckers Town (AP/DPA). Die Regierungschefs und Außenminister der drei Westmächte veröffentlichten ein Kommuniqué über die Ergebnisse ihrer viertägigen Bermuda-Konferenz. Darin wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Viermächtekonferenz mit der Sowjetunion zur Wiedervereinigung Deutschlands beitragen möge.

Die Westmächte bezeichnen in dem Kommuniqué den Atlan-

## 17. Juni „Befreiungstag“

Washington (DPA). Eine „Nationalkonferenz für Freiheit und Frieden durch Befreiung“ in Washington, an der zahlreiche Vertreter der osteuropäischen Exilregierungen teilnahmen, schlug vor, den 17. Juni als „Befreiungstag“ zu begeben. Der amerikanische Kongreß wurde aufgefordert, eine ähnliche Resolution anzunehmen.

tikpakt als die Grundlage ihrer gemeinsamen Politik und bejahen die Notwendigkeit der EVG.

Die westlichen Regierungschefs befürworten ferner eine Fortsetzung der Politik der Einigung Europas unter Einfluß Deutschlands.

### Abbruch in Korea

Pannunjon (AP). Nach einer dramatischen Sitzung haben die UN am Sonnabend die Verhandlungen über die Politische Koreakonferenz in Pannunjon abgebrochen.

Der amerikanische Sonderbotschafter Dean verließ die Sitzung, nachdem die Kommunisten die USA beschuldigt hatten, in „gemeinsamer Verschwörung mit Südkorea“ die 27 000 nordkoreanischen Gefangenen im Juni dieses Jahres befreit zu haben. Dean erklärte, die UN würden die Verhandlungen nur dann wiederaufnehmen, wenn die Kommunisten ihre Beschuldigungen zurückziehen und um neue Verhandlungen ersuchen.

\*

Wenn der UN-Chefdelegierte Dean jetzt die Verhandlungen zur politischen Koreakonferenz abgebrochen hat, so ist er hierzu von seinen kommunistischen Kontrahenten provoziert worden. Dieser Abbruch braucht jedoch nicht als endgültig angesehen zu werden, da Dean sich zur Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit erklärt hat, wenn die Kommunisten darum ersuchen und ihre Haltung revidieren.

## Atlantikpakt-Kräfte immer stärker

Paris (AP). Der Oberbefehlshaber der Atlantikpakt-Streitkräfte, General Gruenther, will auf der Tagung des Atlantikrats eine Erhöhung der Landstreitkräfte um zehn Prozent und eine Verstärkung der Luftstreitkräfte um 1200 Flugzeuge verlangen.

Wenn diese militärischen Anforderungen, wie erwartet wird, gebilligt werden, verfügen die Atlantikpakt-Streitkräfte Ende 1954 über 5600 Flugzeuge und 108 aktive und Reserve-Divisionen einschließlich der türkischen und griechischen Streitkräfte. Allgemein sind die Sachverständigen über die Verteidigungsfähigkeit ihrer Streitkräfte optimistisch geworden.

### Kreml will

### US-Atomplan prüfen

Washington (AP). Das sowjetische Außenministerium gab überraschend bekannt, daß die sowjetische Regierung Präsi-

dent Eisenhowers Vorschlag zur Bildung einer internationalen Atomenergie-Behörde „ernsthaft und aufmerksam“ prüfen werde. Der Sprecher des Weißen Hauses in Washington, Hagerty, nahm die Moskauer Meldung mit der Bemerkung auf: „Das ist eine höchst ermutigende Nachricht.“ Im britischen Außenministerium wurde die Moskauer Erklärung allerdings zurückhaltender beurteilt.

Die in den ersten Stunden nach der Rede Eisenhowers vom sowjetischen Rundfunk unternommenen Angriffe auf die amerikanischen Atomvorschläge sind inzwischen überraschend eingestellt worden. Mit Ausnahme der „Prawda“ erschienen am Donnerstag in Moskau keine Zeitungen. Unregelmäßigkeiten dieser Art deuten im allgemeinen darauf hin, daß die sowjetische Regierung im letzten Augenblick die Veröffentlichung einer bestimmten Stellungnahme verhindern wollte.

# Der Kirchenkampf ist nicht zu Ende

## Pankow bricht Versprechen — Antireligiöse Kampfschrift in Reserve

Vor kaum einem halben Jahr versicherte Otto Grotewohl, die Maßnahmen gegen die Kirchen würden eingestellt. Als Auftakt des „neuen Kurses“ versprach man Überprüfung der Urteile gegen Geistliche und Wiedereinsetzung wegen ihres Glaubens entlassener Lehrer. Man versicherte, die vor Verfolgung geflohenen Mitglieder der Jungen Gemeinde könnten ungefährdet zurückkehren, Theologiestudenten ihr Studium wieder aufnehmen. Pankow versprach und versprach ... nicht um der Gerechtigkeit, sondern um des „neuen Kurses“ willen.

Natürlich hatte Ulbrichts SED niemals die Absicht, den Kirchenkampf endgültig einzustellen, ebenso wie sie keinen Augenblick bereit war, z. B. die Normenschinderei in der Industrie aufzugeben, die Kolchosisierung der Landwirtschaft oder die Gewaltmethoden des Staatssicherheitsdienstes. Gewiß, man machte vorübergehend Zugeständnisse — der Wille zum „Kirchenkampf“ aber blieb bestehen. Trotz merkbarer Erleichterungen für die Arbeit der Kirchen in der Sowjetzone seit dem Juniabkommen muß festgestellt werden, daß nach wie vor ernste Schwierigkeiten im kirchlichen Bereich bestehen und sogar wachsen.

Mindestens sieben Geistliche, die im Zuge des offiziellen Kirchenkampfes verhaftet worden waren, sitzen heute noch unschuldig in Gefängnissen und Zuchthäusern. Ein großer Teil der Lehrer, die seinerzeit strafversetzt oder entlassen worden sind, weil sie sich an die Seite der verfolgten Jungen Gemeinde stellten, durfte bis jetzt nicht in ihren alten Wirkungskreis zurückkehren. Die meisten von ihnen hat man überhaupt noch nicht wieder zum Schuldienst zugelassen.

### Studium wird verweigert

Noch eindeutiger ist die Haltung Pankows gegenüber den Theologiestudenten. Nach dem Abkommen mit Pankow waren sie von der sowjetzonalen Heimatkirche aus Westberlin und Westdeutschland zurückgerufen worden. Und jetzt verweigert man ihnen ihr Studium, hat die meisten von ihnen noch nicht wieder an den sowjetzonalen Universitäten immatrikuliert. Es ist offensichtlich: Der Nachwuchs an Pfarrern für die So-

wjetzone soll hier systematisch ausgeschaltet werden.

Für jeden, der die kirchlichen Verhältnisse in der Zone kennt, ist es völlig klar, daß die staatlichen Stellen der Sowjetzone ihre der Kirche gegebenen Versprechen nicht eingehalten haben. Der Kirchenkampf schwelt weiter. Noch scheut sich die „DDR“, ihn wieder öffentlich zu erklären wie vor einem Jahr. Die SED- und FDJ-Funktionäre aber warten nur darauf, von neuem den Kampf gegen die Kirche zu beginnen.

### Eindeutige Zitate

In ihrem Übereifer ist ihnen jetzt ein Fehler unterlaufen, der ihre Pläne frühzeitig aufdeckte: Der Zentralrat der FDJ ließ eine deutsche Übersetzung der sowjetrussischen Broschüre von P. E. Kolonitzki „Kommunistische und religiöse Moral“ herstellen. Was der sowjetische Schriftsteller dort erklärt, bedarf keines Kommentars. Nur einige Zitate:

„Die religiöse Moral ist die Moral der Alten Welt, bei der alles beim alten geblieben ist und zu der in Zukunft nichts hinzukommt außer ein immer offensichtlicherer Verfall und der unabwehbare Untergang“ (Seite 3).

„Vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus gibt es keine einmal für immer festgelegten, für alle Zeiten und Klassen in gleicher Weise anwendbaren Begriffe der Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit, des Guten und Bösen, der Ehre und der Ehrlosigkeit usw.“ (Seite 5).

„Es ist klar, daß eine derartige Moral den Zweck hat, bei Menschen jeglichen Willen zum Kampf auszulöschen, jegliches aktive Element in seinem Bewußtsein abzutöten und seine

Seele mit dem Gift des Unglaubens an seine eigenen Kräfte zu vergiften“ (Seite 9).

„Die Religion erzieht die Gläubigen im Geiste der Verachtung alles Irdischen und verkleistert ihre Köpfe mit Märchen über irgendein angeblich wahrhaftiges, wirkliches Leben nach dem Tode in irgendeiner jenseitigen Welt“ (Seite 10).

„Mit anderen Worten dient die religiöse Moral einer kleinen Minderheit von Menschen, während sie für die überwiegende Mehrzahl der Menschen schädlich ist. Es ergibt sich, daß die Religion nicht nur niemals die Grundlage der Moral war und ist, sondern daß sie zutiefst unsittlich ist“ (Seite 11).

„Die Religion ist die Quelle der Heuchelei und der Liebe. Alles, was die Religion predigt, ist bewußt falsch und auf Vorurteilen, auf Märchen aufgebaut, die der Verteidigung der Sklaverei und der sozialen Unterdrückung angepaßt sind“ (S. 13).

„Der Glaube an Gott kann nicht von dummen Handlungen oder von Verbrechen abhalten, und zwar schon deshalb nicht, weil Gott der Religion zufolge gnädig ist und alles verzeiht. Es genügt, daß man innig genug betet, und ein beliebiges Verbrechen wird unverzüglich vergeben, oder es wird gebeitet, um von den begangenen Sünden frei zu werden“ (Seite 14).

„Die Religion rechtfertigte und rechtfertigt immer die Rechtlosigkeit der Frau. Nichts erniedrigt die Frau in ihrer Menschenwürde so sehr wie die Religion“ (Seite 26).

Diese Broschüre wollte die Führung der FDJ in Massen herausbringen. Im letzten Augenblick griff noch Otto Grotewohl ein: Es sei dafür „zu früh“. Die Schrift Kolonitzkis wurde wieder eingezogen. Man kann damit rechnen, daß sie in absehbarer Zeit herausgegeben wird, sobald Pankow die Situation günstig erscheint.

Der neue Kirchenkampf der Sowjetzone, das beweist diese Schrift, ist ein ernster Plan — sechs Monate, nachdem die Sowjetzonen-Regierung versprochen hatte, ihre Maßnahmen gegen die Kirche einzustellen!

## Welliges Parkett, fensterlose Räume

**Wohnungsbau in den Satellitenstaaten — Industrie geht vor**

Die Satellitenstaaten des Ostblocks verbreiten ausführliche Statistiken über ihre Bauleistungen und behaupten, sie hätten nicht nur ihre eigenen Leistungen vergangener Jahre übertroffen, sondern auch die „kapitalistischen“ Länder überflügelt. Die Wirklichkeit zeigt jedoch ein ganz anderes Bild.

Die Statistiken fassen nämlich unter dem Begriff „Bauleistung“ die Industriebauten und den Wohnungsbau zusammen. Betrachtet man diese beiden Gebiete aber gesondert, so zeigt sich, daß der Wohnungsbau weit hinter den Notwendigkeiten zurückbleibt.

Der Prozentsatz von Industriebauten am polnischen Gesamtplan (1950—1955) beläuft sich auf 45,4 Prozent, der Wohnungsbau aber nur auf 8,3 Prozent. Am tschechischen Vierjahresplan (1949—1953) sind die Industriebauten mit 40,6 Prozent, der Wohnungsbau mit 11,7 Prozent beteiligt. Ungarn räumt den Industriebauten 51,7 Prozent an dem Gesamtplan ein, dem Wohnungsbau nur 7,6 Prozent. In Rumänien ist der Industriebau mit 53,4 Prozent, der Wohnungsbau aber nur mit 3,2 Prozent vertreten, und Bulgarien wendet 18,8 Prozent der Gesamtplanung für Industriebau und 4,5 Prozent für Wohnungen auf.

Polen will von 1950 bis 1955 insgesamt 723 000 Wohnungen bauen, das wären pro Jahr also etwa 120 000 Wohnungen (Bundesrepublik 440 000 im Jahre 1952). Dabei wird in Polen noch relativ am meisten gebaut.

Wie es hinter dem Eisernen

Vorhang mit dem Wohnungsbau wirklich steht, offenbaren Reden und Pressestimmen. So erklärte der tschechische Ministerpräsident kürzlich, in der nahen Zukunft sei es unmöglich, genügend Neubauten fertigzustellen, ebenso sei es unmöglich, jeden sein Heim selbst wählen zu lassen. Das ungarische Kom-

munistenblatt „Szabad Nép“ charakterisierte die Qualität der neuen Häuser: „Das Parkett ist wellig, die Brause funktioniert nicht, die Türschlösser schließen nicht, die Nebenräume haben keine Fenster, so daß man sie nicht lüften kann.“

Unter diesen Umständen ist die Wohnungsnot, besonders an den Brennpunkten der Industrialisierung, sehr groß, und es besteht auch keine Aussicht auf eine gründliche Verbesserung dieses Zustandes, denn die Aussiedlung „staatsgefährlicher bürgerlicher Elemente“ kann die fehlenden Neubauten nicht ersetzen.

## Bleibt die Telefon-Spaltung?

**2000 Leitungen nach dem Ostsektor schaltbereit**

Berlin (Eigenbericht). Die Wiederherstellung eines einheitlichen Telefonnetzes in Westberlin und dem Ostsektor ist eine Augenblickssache, wenn die Ost-Pest hierzu bereit ist. Bisher haben die Sowjets bei entsprechenden Verhandlungen mit westalliierten Dienststellen wenig Bereitschaft gezeigt, die Telefonspaltung wieder aufzuheben.

Ein einziger Rundspruch an alle Westberliner Vermittlungen würde genügen, um die zur Zeit abgeschalteten 2000 Telefonleitungen nach Ostberlin wieder in Betrieb zu nehmen. Gleichzeitig würden weitere 2000 Telefonleitungen aus dem Ostsektor damit wieder eingeschaltet werden können. Diese Leitungen

liegen in 75 Kabeln, die damals von den Ostberliner Behörden an der Sektorengrenze abgeschnitten und zum Teil aus ihren Schächten herausgenommen worden waren.

## Besuchsdienst der Kirchen

Berlin (Eigenmeldung). Die Generalsynode der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union beschloß auf ihrer Tagung in Weißensee einstimmig eine Bestätigung der geistlichen Verantwortung für ihre Gemeinden jenseits der Oder-Neiße-Linie.

Intensivierung des Besuchsdienstes zwischen Ost und West wurde vom Sprecher des Ausschusses „Wir sind doch Brüder“ gefordert. Man wolle sich nicht nur auf einen gelegentlichen Besuchsdienst beschränken, sondern christliche Bruderschaft in tätiger Hilfe und Besuchen von Kirche zu Kirche erweisen. In Berlin soll eine ständige monatliche Bibelwoche eingerichtet werden, auf der sich Christen aller Berufe aus der Bundesrepublik und der Sowjetzone zehn Tage lang treffen sollen.

Seit dem 10. Juni dieses Jahres ist bereits ein gegenseitiger Besuchsdienst in Funktion, zu dem besonders von östlicher Seite betont wurde, daß man aufs tiefste bewegt gewesen sei von der überwältigenden Aufnahme, die die Besucher aus dem Osten im Westen erfahren hätten.

## Nur der Name wird geändert

**„Amt für Reparationen“ als „Amt für Exportaufsicht“**

Berlin (DPA). Das „Amt für Reparationen“ bei der Pankower Regierung, das zum Jahreswechsel aufgelöst werden sollte, wird unter der neuen Bezeichnung „Amt für Exportaufsicht“ bestehen bleiben. Staatssekretär Weinberger (SED) wird das Amt weiter leiten.

## Zum Befehlsempfang

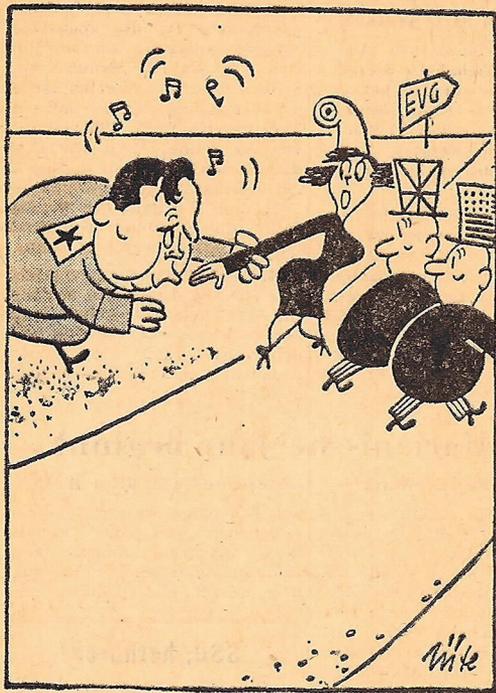
Berlin (DPA). Der ehemalige Reichskanzler Dr. Joseph Wirth hat sich vor einigen Tagen in Moskau aufgehalten, geht aus

einem Bericht des Sowjetzonen-Nachrichtendienstes ADN hervor.

## Wieder Rückfahrkarten

Berlin (DPA). Im gesamten Berliner Stadt- und Vorortverkehr soll nach einer Mitteilung der sowjetisch kontrollierten Reichsbahn-Direktion Berlin ab 15.12. mit Betriebsbeginn der Verkauf von S-Bahn-Rückfahrkarten wieder aufgenommen werden.

## Moskaus neuer Schlager



„Ich küsse Ihre Hand, Madame,  
aus ganz bestimmtem Grund...“

## Nur flüstern . . .

## Neue Futtermittel

Die SED-Kontrollkommissionen sind auf dem Lande wieder einmal an der Arbeit. Beim Bauern Müller interessiert sich der Kontrolleur sogar dafür, was er seinen Schweinen zu fressen gibt. Bauer Müller zeigt auf ein Drei-Zentner-Schwein und meint: „Das bekommt nur altes Brot, Kartoffelschalen und schlechtes Mehl.“ Schon das scheint dem Kontrolleur zu viel zu sein. Er spricht von Verschwendung und hält einen langen Vortrag über sowjetische Neuerermethoden, bei denen die Mast viel sparsamer sei.

Bauer Müller hört grimmig zu. Als der Kontrolleur ihn fragt, womit er denn das zweite, viel fettere Schwein gefüttert habe, holt er tief Luft und meint: „Das ist nach der sowjetischen Neuerermethode aufgezogen. Morgens einen Eimer Wasser und mittags zwei Stunden Schulungsvortrag. Da hat es den ganzen Tag die Schnauze voll!“

## Keine Angst!

Die Betriebsversammlungen in der Zone jagen sich. Einmal soll Geld für den Friedenstag gespendet werden, ein andermal will man „Provokateure“ verhaften. Oder es wird ein großer Vortrag über die Viererkonferenz gehalten.

Ging letzstens ein Mann von der Betriebsgewerkschaftsleitung durch einen großen Betrieb und verkündete: „Betriebsversammlung morgen früh um 9 Uhr. Aber keine Angst, Genossen, diesmal könnt ihr alle kommen. Es werden tatsächlich nur fünf Arbeitsschutzanzüge sein.“

## Pech mit dem Umgehungskanal

Der im vergangenen Jahr in Betrieb genommene Umgehungskanal zwischen Paretz und Niederneuendorf hat sich als Fehlkalkulation der sowjetzonalen Wasserbauwirtschaft herausgestellt. Entgegen den Gutachten anerkannter Sachverständiger war der 34 km lange Kanal für rund 30 Mill. Ostmark auf sowjetischen Befehl angelegt worden, um die Reparationsschiffahrt nicht mehr durch das Westberliner Gebiet zu leiten. Unmittelbar nach der Inbetriebnahme hatten die Sowjets gefordert, der Kanal solle erweitert werden, um einen Gegenverkehr zu ermöglichen.

Diese Arbeiten sind inzwischen eingestellt worden, weil die vorhandenen Schwimmbagger täglich an den durch Moor-einbrüche verursachten Schadenstellen eingesetzt werden muß-

ten. Nur durch ihren ununterbrochenen Kampf gegen die Versandungen und gegen das Moor war es überhaupt möglich, den Schiffsverkehr aufrechtzuerhalten.

Nunmehr ist eine neue kritische Lage eingetreten: Die von der volkseigenen Werft in Brandenburg gebauten Logger können den Umgehungskanal nicht mehr benutzen, weil sie einen Tiefgang von über zwei Meter haben. Auch die Entfernung der Aufbauten und die geringe Füllung der Tanks heben sie nicht so weit aus dem Wasser heraus, daß sie den Kanal Paretz-Niederneuendorf auf ihrem Wege zur Ostsee befahren könnten. Die durchschnittliche Tiefe im Umgehungskanal beträgt nämlich nur knapp 1,70 Meter. Damit ist es auch unmöglich geworden, voll-

## Steigerung

In der Zone fragt man sich: „Was ist bei uns flüssiger als Wasser?“ Antwort: „Die SED.“ Die ist nämlich überflüssig.“

beladene Finow-Maß-Lastkähne auf dieser Strecke einzusetzen. Die großen 600- bis 800-Tonnen-Schiffe für die Reparations-schleppzüge sind nur noch zu 60 Prozent beladen. Dennoch bleiben regelmäßig drei bis vier Schiffe in der Woche an neuauftretenden Schadenstellen hängen, so daß der Kanal immer wieder blockiert wird.

Versuche, die Kapazität des Kanals durch Anlegung von Ausweichhäfen zum Überholen der Schiffe im Gegenverkehr zu erhöhen, sind erfolglos geblieben, weil auch an diesen Stellen die Beschaffenheit des Untergrundes immer wieder zu Verschüttungen der Dämme führt.

## US-Techniker in Spanien

**Revolutionärer Schritt zum Westen — Noch wird geplant**

Seit der Unterzeichnung der spanisch-amerikanischen Abkommen sind zwei Monate verstrichen. Was geschah in dieser Zeit? Die Illusionen auf einen Dollar-Platzregen wurden ebenso enttäuscht wie die Erwartung, die abgeschiedene Ruhe hinter den Pyrenäen würde durch den Lärm amerikanischer Düsenjäger verdrängt werden. Einstweilen wurde nur beraten, und es entstanden Kommissionen. Außerdem wurde Spanien von Amerikanern in offizieller Mission überflutet.

Die meisten Besucher — wie Luftfahrtminister General Talbott, Generalstabschef der Luftwaffe General Twining, Chef des Vereinigten Generalstabs Admiral Radford, Senator D. Chavez von der Senatskommission für Hilfe-Zuweisungen — blieben nur wenige Tage, fuhren und flogen im ganzen Lande herum, wobei sie mit vielsagender Vorliebe die Häfen Cadix, Malaga, Cartagena, La Coruña und El Ferrol, sowie die Flugplätze Terrejón unweit von Madrid, Valenzuela bei Saragossa, El Copero und Morón im Raum von Sevilla besichtigten.

Während diese Prominenten schnell vorüberzogen, blieben viele Techniker, die mit ihnen gekommen waren, in Spanien zurück. Ihre Zahl nimmt täglich zu.

Man weiß, daß Spanien mit seinem Beitritt in die Verteidigungs-Organisation der westlichen Welt einen revolutionären Schritt getan hat; man möchte jedoch eine Evolution mit Kontrolle und Überblick; man möchte langsam und gradweise

vorgehen und nach Möglichkeit sich an bereits Bestehendes anschließen. Darum ist nicht beabsichtigt, große Autobahnen quer durch das Land zu legen und völlig neue Flug- und Marinebasen anzulegen, sondern man will die vorhandenen Einrichtungen erweitern und vervollständigen.

## Das Marianische Jahr beginnt

**Rom im Festschmuck — Gottesdienste in aller Welt**

Papst Pius XII. eröffnete am Fest Mariä Empfängnis in einer feierlichen Zeremonie in der Basilika Santa Maria Maggiore, der ältesten Marienkirche der Welt, das Marianische Jahr der katholischen Kirche.

Vor hundert Jahren (1854) war das Dogma von der unbefleckten Empfängnis Marias proklamiert worden. Da nach dem Wunsch des Papstes nicht Rom allein, sondern die Marienheiligtümer in aller Welt Mittelpunkt der Feierlichkeiten sind, fanden in allen Diözesen der katholischen Kirche festliche Eröffnungs-

gottesdienste statt. Bei dem feierlichen Zug des Papstes durch das geschmückte Rom säumten über eine halbe Million Römer und Gläubige aus

Am nächsten ist man der Verwirklichung des Madrider Paktes auf dem militärischen Sektor gekommen. Da die spanischen Flugplatzanlagen schon jetzt ziemlich gut in Schuß sind, nehmen die amerikanischen Sachverständigen an, daß ein Teil bereits Ende 1954 benutzt werden könne. Noch vor Ende dieses Jahres werden die ersten amerikanischen Düsenflugzeuge T 33 und T 6 geliefert werden, damit die Schulung der spanischen Piloten beginnen kann.

Mit den ersten Übungsmaschinen für die Luftwaffe schicken die Amerikaner die ersten Tanks für das Heer. Die Marine wird neuerdings mit Elektronen-Apparaten und Radar-Geräten ausgestattet.

gottesdienste statt. Bei dem feierlichen Zug des Papstes durch das geschmückte Rom säumten über eine halbe Million Römer und Gläubige aus

### SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

## Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt:

Täglich ab 13 Uhr in stündlicher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

### In 91 Stunden um die Erde

Die 23jährige Pamela Martin ist in 91 Stunden und 8 Minuten um die Erde geflogen und hat damit einen neuen Rekord für den Erdrundflug unter Aus-

schließlicher Benutzung der regelmäßigen Fluglinien aufgestellt. Am Dienstag traf Miß Martin wieder an ihrem Ausgangspunkt Chikago ein. Der letzte Rekord, den der Direktor einer Luftfahrtgesellschaft aufgestellt hatte, stand auf 99 Stunden und 25 Minuten.

### „Neue deutsche Biographie“

Den ersten Band der „Neuen deutschen Biographie“ legte die bayerische Akademie der Wissenschaften vor. Das biographische Sammelwerk bringt die Lebensgeschichten bedeutender deutscher Persönlichkeiten vom 9. Jahrhundert n. Chr. bis in die Gegenwart.

aller Welt die Anfahrtsstraßen und jubelten dem Oberhaupt der katholischen Kirche zu.

Der Papst richtete später einen dramatischen Appell an die Jugend, der Kirche im Kampf um die Erhaltung des Friedens und um die Rettung der Menschheit zu helfen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4, Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.